



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2020/0224

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

03.12.2020

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt	14.12.2020	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	14.12.2020	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Bürgerprotestbriefe an Bundes- und Landesverkehrsminister zur Ausbauplanung der A1 und A3 im Stadtgebiet Leverkusens
- Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 29.11.2020

Anlage/n:

0224 - Antrag

FRAKTION BÜRGERLISTE LEVERKUSEN
Kölner Straße 34 · 51379 Leverkusen
Tel. 0214-2027792 · Fax: 0214-2027793
fraktion.buergerliste@versanet-online.de
www.buergerliste.de



Leverkusen, den 29.11.2020

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen,
Herrn Uwe Richrath
Büro des Rates

Bitte setzen Sie nachfolgenden Antrag zum Problemkreis Autobahn-
planung A1/A59 auf die Tagesordnung der kommenden Ratssitzung :

Der Rat der Stadt Leverkusen und der Oberbürgermeister richten
einen Appell an unsere Bürgerinnen und Bürger, je einen Protestbrief
zu den beschlossenen Planungen zur A1 und A3 an die Verkehrsmini-
ster in Bund und Land NRW zu richten.

Hierzu wird von den Fraktionen gemeinsam ein Musterbrief mit
Erläuterung gefertigt, der als ganzseitige Anzeige in den örtlichen
Medien - Anzeiger/Post/Lokale - veröffentlicht und als Druckstück
per Post für jeden Haushalt zur Verfügung gestellt wird.

Begründung :

Das Land NRW/Straßen NRW hat je drei Varianten zum Bau der A1
- Bauabschnitt 2 des Gesamtprojektes - und der A3 - Bauabschnitt 3
des Gesamtprojektes - dem Bundesverkehrsministerium unterbreitet
und dabei die erweiterte Stelzenlösung/Bauabschnitt 2 wegen kürze-
ster Bauzeit sowie geringster Kosten eindeutig favorisiert.

Dies hat das Land dann nachträglich mit der Bitte verbunden, zur
Entlastung der Leverkusener Bevölkerung die erheblich kosteninten-
sivere und deutlich zeitaufwändigere „Tunnel statt Stelze“- Lösung/
Kurtunnel in Küppersteg zu realisieren.

Bei der A3 wurde/wird bis heute die ebenerdige Lösung vom Land

NRW eindeutig favorisiert.

Deshalb ist es wesentlich, unseren Protest an **beide** Verkehrsminister/**beide** Regierungen zu richten.

Da sowohl SPD-, CDU-, GRÜNE- und FDP-Landes- und Bundesregierungen an den Fehlentscheidungen gleichermaßen beteiligt waren/sind, könnten auch gegenseitige Schuldzuweisungen vermieden werden, und so eine geschlossene Protestfront im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger möglich sein.

An der Finanzierung dieser Aktion könnten sich über ein städt. Spendenkonto die Gremienmitglieder des Rates, die Bürgerinnen und Bürger, die Fraktionen, Firmen, . . . beteiligen.

Weitere gemeinsame Aktionen sollten/könnten folgen.

„LEV muss leben!“

Barbara Trampenau

Ulrike Langewiesche

Alice Werner

Wiete Godthardt

Anne Schulz

i.A. (Erhard T. Schoofs)